

CDU-Fraktion im Regionalrat Köln, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln

Fraktionsgeschäftsführerin  
Verena Vitz

Tel.: 0221 / 139 54 46  
Fax: 0221 / 139 54 51  
Mobil: 0177 / 30 68 375  
E-Mail: verena.vitz@cdu-regionalrat-koeln.de

Köln, 03. Juni 2008

## **Abgrabungsbereiche für Quarzkies: Bezirksregierung Köln muss gravierende inhaltliche und verfahrensmäßige Mängel beheben**

**Sichere und sachliche Abwägung derzeit nicht möglich**

Die CDU-Fraktion und die Grünen im Regionalrat Köln werden auf der nächsten Sitzung des Regionalrates am 13. Juni 2008 einen Änderungsantrag zur Regionalplanänderung, Sachlicher Teilabschnitt „Weißer Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville“ einbringen.

Bekräftigt wird weiterhin die Absicht, Vorranggebiete für die Gewinnung von hochreinem weißen Quarzkies im Regionalplan Köln auszuweisen.

Zwingend notwendige Voraussetzung hierfür ist jedoch ein ordnungsgemäß durchgeführtes Regionalplanänderungsverfahren, welches eine sachgerechte Abwägung zwischen den potentiellen Standorten ermöglicht. Die von der Bezirksregierung Köln erstellte Vorlage zur Ausweisung einer Konzentrationszone zur Abgrabung von hochreinem weißen Quarzkies weist offensichtlich gravierende inhaltliche und verfahrensmäßige Mängel auf, die eine Beschlussfassung am 13.06.2008 aufgrund dieser Unterlagen nicht ermöglicht.

Besonders schwerwiegend erscheinen der CDU-Fraktion und der Fraktion „Die Grünen“ hierbei die nicht wirklich vergleichbaren Untersuchungen bezüglich der verschiedenen Standorte im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Umweltprüfung, deren Ergebnisse sich im Umweltbericht widerspiegeln, die fehlenden FFH- Verträglichkeitsprüfungen, die nicht nachvollziehbare Festsetzung des Rohstoffbedarfs sowie die Missachtung des Standortes Witterschlick in der Abwägung, obwohl dieser von der Bezirksregierung selbst im laufenden Verfahren mit der Abbauwürdigkeit hoch eingestuft wurde. Belege hierfür liefert das Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei CBH.

Die CDU-Fraktion und die Grünen beantragen folglich, den Regionalrat aufzufordern, einige Punkte unverzüglich nachzubessern und spätestens zur Regionalratssitzung im Dezember eine ordnungsgemäße und beschlussfähige Vorlage vorzulegen.

So soll die Bezirksregierung Köln dazu aufgefordert werden, eine aktualisierte Übersicht über die genehmigten Abbauvorhaben von hochreinem weißen Quarzkies (nicht: Quarzsand) im Regierungsbezirk Köln unter Angabe der Mächtigkeit und der voraussichtlichen Ergiebigkeit

sowie - in Zusammenarbeit mit dem geologischen Dienst des Landes NRW - eine aktualisierte Übersicht über die Lagerstätten von hochreinem weißen Quarzkies unter Angabe der Mächtigkeit und einer ersten Bewertung der Abbauwürdigkeit vorzulegen.

Zudem soll eine sachgerechte, nachvollziehbare und widerspruchsfreie Bedarfsermittlung und -prognose für hochreinen weißen Quarzkies vorgelegt werden, die entweder auf Abfragedaten oder auf volkswirtschaftlichen Ermittlungen beruht. Sollte diese von der Bedarfsermittlung des Regionalrates bei seinem Erarbeitungsbeschluss abweichen, so ist dies nachvollziehbar zu begründen.

Bei den Standortuntersuchungen sind grundsätzlich für alle Standorte die für die Abwägung erforderlichen Untersuchungen und Darstellungen in vergleichbarer Qualität und Tiefe zu erstellen.

Zudem soll die Bezirksregierung aufgefordert werden, die Zielformulierung der aktuellen Rechtssprechung anzupassen. Dies bedeutet, dass die eigentliche Abwägungsentscheidung auf der Ebene der Regionalplanung als verbindliches Ziel zur Festsetzung von Vorranggebieten getroffen werden muss.

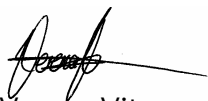
Um sicherzustellen, dass nach der Regionalplanänderung der wertvolle Rohstoff hochreiner weißer Quarzkies auch nur für die hochwertigen Zwecke verwandt wird, für die kein Ersatz durch andere Stoffe möglich ist, möchten die CDU-Fraktion und die Grünen die Bezirksregierung auffordern, bereits jetzt die Vorbereitung zum Abschluss eines entsprechenden landesplanerischen Vertrags zu treffen, welcher dem Regionalrat Köln parallel zur Beschlussfassung über die Regionalplanänderung im Entwurf zur Kenntnis zu geben ist.

Die CDU-Fraktion und die Grünen beantragen die Erstellung einer sachlich fundierten Zusammenstellung aller für eine sachgerechte Abwägung erforderlicher Fakten für alle potentiellen in Frage kommenden Standorte. Nur dann ist es möglich, die erhöhten Anforderungen an die Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für alle übrigen Gebiete zu erfüllen.

Sollte es aus rechtlichen Gründen erforderlich sein, ist aufgrund der neuen Erkenntnisse ein erneuter Erörterungstermin unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

„Die Vorlage der Bezirksregierung erscheint in wesentlichen Punkten fehlerhaft und unzureichend. Der Beschlussvorschlag „Sonnenhof“ erfüllt nicht die Vorgaben des LEP zur Rohstoffsicherung. Darüber hinaus haben wir den begründeten Verdacht, dass hier keine sachlich fundierte Abwägung aller in Frage kommenden Standorte vorgenommen worden ist, so dass am Ende dieses Verfahrens auch andere Alternativen als der Sonnenhof zur Wahl stehen könnten. Um ein Vorranggebiet mit rechtlich wirksamer Ausschlussmöglichkeit ausweisen zu können, reichen die vorliegenden Unterlagen nicht aus. Ein sicheres Abwägungsergebnis ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erhalten“, so Brigitte Donie, Mitglied der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln.

Mit freundlichen Grüßen



Verena Vitz  
(Fraktionsgeschäftsführerin)